



Dönchs Finanzen

Staatsanleihen

Die perfideste Form der Sparer-Enteignung

Dienstag, 21.06.2011, 15:35 · von FOCUS-Redakteur Uli Dönch

„Finanzielle Repression“: Wie der Staat die Bürger durch Mini-Zinsen und Maxi-Inflation ausplündert – auch um nach einer Griechenland-Pleite seine Milliarden-Schulden abzubauen.

Empfehlen

72

10

1

Ob es uns gefällt oder nicht: Wir werden den griechischen Schuldenstaat noch ein Weilchen am Leben halten. Mit unseren Steuergeldern. Nur: Wie schaffen es Deutschland – und die anderen europäischen Nettozahler-Nationen – die nach der unvermeidlichen Griechenland-Pleite entstehenden neuen Schuldenberge abzutragen?

Ganz einfach. Mit einer perfiden Doppelstrategie: Der Staat drückt mit Hilfe der Europäischen Zentralbank die Zinsen für Sparer künstlich nach unten. Auf diese Weise kann er sich günstig Geld leihen. Das erleichtert die Rückzahlung der oft noch hochverzinsten Altschulden. Außerdem lässt er gleichzeitig die Inflation steigen. Das Ergebnis ist ein negativer Realzins – Zinsanleger, Lebensversicherte und Riester-Sparer bezahlen die Zeche.

Wie dieser Enteignungs-Trick funktioniert, zeigt ein aktuelles Rechenbeispiel: Der Zins für eine Bundesanleihe (Laufzeit zehn Jahre) liegt derzeit bei mickrigen 2,95 Prozent, etwa ein Viertel davon frisst die Abgeltungsteuer – und die verbleibenden knapp 2,2 Prozent Rendite gleichen nicht einmal mehr die deutsche Inflationsrate von gut 2,3 Prozent aus (im Euroraum liegt die Inflation sogar bei 2,7 Prozent).

Die finanziellen Folgen des Enteignungs-Tricks

Das ist doch nicht viel, könnte man einwenden. Was können denn diese paar Zehntelprozentpunkte negativer Realzins bewirken? Überraschend viel! Die Kollegen des FOCUS-Wirtschaftsressorts zeigten, dass die deutschen Sparer mit ihren 3300 Milliarden Euro Zins-Anlagen schon bei einem künstlich um 0,5 Prozentpunkte gedrückten Nominalzins jedes Jahr 16,5 Milliarden Euro verlieren. Und bei angenommenen sieben Prozent Inflation – wie etwa heute schon für die Güter des täglichen Bedarfs – sogar weitere 100 Milliarden per Annum.

Zugegeben: Die Idee der stillen Enteignung durch den Staat ist nicht besonders originell. Aber dafür extrem wirksam. Immer wieder nutzten beinahe bankrotte Staaten in den vergangenen 70 Jahren Mini-Zinsen und Maxi-Inflation, um sich zu entschulden. Zu diesem Schluss kommt eine Untersuchung der renommierten US-Wirtschaftswissenschaftlerin Carmen Reinhart.

So baute etwa Großbritannien nach 1947 seine enorme Staatsverschuldung von 270 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf nur noch gut 50 Prozent in den 70er-Jahren ab. Einen großen Teil der Last trugen, so Carmen Reinhart, die Sparer. Die Ökonomin brandmarkt diese Form der Enteignung durch den Staat als „Finanz-Unterdrückung“ („Financial Repression“) – ein Begriff, den man sich merken sollte.

Von der Finanz-Unterdrückung zur Zwangs-Enteignung

Dieser Zwangs-Enteignung kann sich niemand entziehen. Auch nicht die Großanleger. Denn der Staat kann selbst Banken und Versicherungen quasi dazu zwingen, ihm weiterhin seine zu niedrig verzinsten Anleihen abzunehmen. Der Trick: Die neuen internationalen Finanzregeln belohnen Investoren, die Staatspapiere kaufen – sie brauchen dann in ihren Bilanzen keine Rücklagen zu bilden. Erwerben sie jedoch Aktien oder Immobilien, müssen sie Sicherheiten hinterlegen.

Inzwischen lassen sich einige internationale Finanzkonzerne dieses miese Spiel jedoch nicht mehr bieten. Bill Gross, Gründer und Manager des weltgrößten Zins-Investors Pimco (Allianz-Konzern), hat wütend all seine US-Staatsanleihen abgestoßen. Der Meister des großen Geldes fordert nun seine Kollegen auf, ihm zu folgen: „Investoren sollten gegen künstlich niedrig gehaltene Zinsen protestieren und nach Alternativen suchen.“ Ein Rat, den auch jeder Privatanleger beherzigen sollte.